



Pet 4-19-07-10000-028358

29308 Winsen (Aller)

Grundgesetz

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 08.10.2020 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, das Grundgesetz geschlechtsneutral zu formulieren.

Zur Begründung der Petition wird ausgeführt, eine geschlechtsneutrale Formulierung sei notwendig, um alle Geschlechter gleichzustellen. Eine Gleichstellung könne nur erfolgen, wenn man keinen Unterschied mehr zwischen den Menschen mache. Bei der derzeitigen Unterteilung in Frau und Mann sei eine gleichberechtigte Verteilung der Rechte und Pflichten nicht möglich.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die Eingabe verwiesen.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Sie wurde durch 40 Mitzeichnungen unterstützt. Außerdem gingen 29 Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Thematik darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter anderem unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Zunächst stellt der Petitionsausschuss fest, dass sich aus Artikel 3 Absatz 2 und Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) eindeutig ergibt, dass dem GG eine geschlechterdiskriminierende Intention fern liegt. Dort, wo das GG grammatisch männliche Personenbezeichnungen



verwendet, beziehen sich diese selbstverständlich auf alle Menschen, da es sich insoweit um ein sog. „generisches Maskulinum“ handelt.

Der Ausschuss betont, dass die in der Petition vorgeschlagene Umformulierung des GG im Übrigen auch in rechtlicher Hinsicht keine Auswirkungen hätte, sofern es sich nicht um diejenigen Vorschriften handelt, bei denen eine geschlechtsbezogene Differenzierung im Grundgesetz selbst angelegt und damit beabsichtigt ist (vgl. Artikel 6 Absatz 4 und Artikel 12 GG). Diese Vorschriften können aber naturgemäß nicht geschlechtsneutral formuliert werden, ohne dass sich auch ihr rechtlicher Gehalt verändert.

Vor dem Hintergrund des Dargelegten kann der Petitionsausschuss daher eine Änderung des Grundgesetzes im Sinne der Petition nicht in Aussicht stellen.

Nach alledem vermag der Ausschuss das Anliegen nicht zu unterstützen und empfiehlt deshalb, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.